

Aus den kommunalen Gremien

Der **Gemeinderat** der Stadt Gammertingen tagte am **Dienstag, 13. Mai 2014**, im historischen Schlosssaal des Rathauses Gammertingen zu nachfolgenden Tagesordnungspunkten:

Ärzteversorgung in der Raumschaft Gammertingen - Sachstandsbericht und Informationen von Vertretern der Kassenärztlichen Vereinigung BW (KV) sowie der „Perspektive Hausarzt Baden-Württemberg“ des Hausärzteverbandes BW

Bürgermeister Jerg leitet ein. Die ärztliche Versorgung ist für die Infrastruktur einer Kommune bzw. einer Raumschaft von ganz entscheidender Bedeutung. Nicht nur die räumliche Nähe zu den Krankenhäusern oder einer Facharztversorgung sind dabei von Bedeutung, sondern auch die hausärztliche Versorgung sollte möglichst wohnortnah erfolgen. Das Durchschnittsalter der rund 7.000 Hausärzte in Baden-Württemberg liegt derzeit jenseits der 55 Jahre und viele freiwerdende Praxen von Allgemeinmedizinerinnen finden keinen Nachfolger, weil einerseits der Nachwuchs fehlt, andererseits aber auch die Rahmenbedingungen für Praxismachfolger oder Praxenneugründer dies eher verschlechtern. Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig – sie reichen vom zu geringen Einkommen, bei übermäßiger Arbeitsbelastung über mangelndes Sozialprestige bis hin zu einer veränderten Work-Life-Balance junger Medizinerinnen und Mediziner.

In Folge des von Gemeinderat Wasel geäußerten Wunsches hat die Verwaltung für die Sitzung zwei externe Fachleute als Referenten eingeladen. Bürgermeister Jerg begrüßt als Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung den Bezirksvorsitzenden Dr. Barczok sowie vom Hausärzteverband Urs Kargl. Laut Schätzungen der Kassenärztlichen Vereinigung KV sind pro Jahr etwa 300 hausärztliche Praxen neu zu besetzen. In den kommenden Jahren geht die KV von 500 unbesetzt bleibenden Stellen im Land, vor allem im ländlich strukturierten Raum, aus.

Grundsätzlich ist die ambulante ärztliche Versorgung in Baden-Württemberg zwar nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau – so auch in Gammertingen –, allerdings kommt es in lokal begrenzten Einzelfällen schon heute zu Versorgungsengpässen. Die Situation wird sich durch demographische und gesellschaftliche Entwicklungen weiter verschärfen. Zwischenzeitlich hat auch das Land diese Problematik erkannt und unterstützt niederlassungswillige Ärzte in bestimmten Fördergebieten des ländlichen Raumes, in denen die ambulante hausärztliche Versorgung der Bevölkerung akut nicht gegeben ist oder perspektivisch gefährdet erscheint.

Vor allem dort, wo keine ärztliche Praxis mehr vorhanden oder die Nachfolge des letzten Arztes akut gefährdet ist, sind auf ärztlicher, aber auch ergänzend auf kommunaler Ebene, unterschiedlichste Unterstützungsszenarien vorhanden. Viele Gemeinden, bei denen keine ärztliche Versorgung mehr gegeben ist, schalten Anzeigen im Amtsblatt, locken mit Ansiedlungs- oder Finanzierungszuschüssen, bieten reduzierte oder mietfreie Praxisräumlichkeiten in kommunalem Eigentum oder bieten ansiedlungs- und übernahmewilligen Nachwuchsmedizinerinnen mehrjährige verlorene Zuschüsse zur Unterstützung der Nachfolgeübergangszeit.

Ergänzend hat sich in jüngster Zeit auf Initiative des Hausärzteverbandes Baden-Württemberg mit Unterstützung durch Krankenkassen und Universitätskliniken, der KV Baden-Württemberg und das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung eine Kampagne „Perspektive Hausarzt Baden-Württemberg“ entwickelt. Auf breit angelegter Ebene werden sowohl medizinisch Studierende als auch für Ärzte in der

Facharztweiterbildung, sowie übergabebereite Hausärzte, die in einer frühzeitigen und umsichtigen Nachfolgeplanung sind, in einer Börse in Verbindung gebracht. Gleichzeitig bietet es auch Landkreisen und Kommunen, die in der ärztlichen Versorgung Not leiden, eine geeignete Plattform, um ihre lokalen Initiativen einem breiten interessierten Spektrum nahe zu bringen. Weitere in Baden-Württemberg von dieser „Perspektive Hausarzt“ entwickelte und etablierte Projekte zur Nachwuchsförderung haben inzwischen bundesweit Vorbildcharakter.

Über die aktuelle Versorgungssituation als auch über mögliche kommunale Ansätze informieren im weiteren Verlauf der Sitzung die Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung als auch des Hausärzteverbandes Baden-Württemberg.

Im Anschluss an die Vorträge fragt **Bürgermeister Jerg**, was zu tun ist wenn seitens eines in Ruhestand gehenden Arztes keine Initiative zur Nachfolge kommt?

Dr. Barzok antwortet, dass Ärzte selbstständig sind und daher auch selbst aktiv werden müssen.

Herr Kargl findet es wichtig, dass eine aktive Kommunikation zwischen dem Übergabewilligen Arzt und der Stadt stattfindet. Zwischenzeitlich gibt es ein Überangebot an nachfolgesuchenden Praxen und damit für die einzelne Praxis weniger Geld.

Stadtrat Binsch will wissen, was die Kommunalpolitik tun kann, damit das Praxissterben verhindert werden kann.

Dr. Barzok antwortet, dass die Stadt Gammertingen schon sehr viel tut.

Stadtrat Wasel verweist auf die Gemeinderatssitzung im November 2013 in Marienberg und stellt fest, dass bisher seines Erachtens in der Nachfolge der Praxis Kähny nichts passiert ist. Aufgrund der Altersstruktur der noch vorhandenen Personen bleibe nur noch ein aktiver Hausarzt übrig, wenn nicht rechtzeitig ein Nachfolger gefunden werde. Er schlägt deshalb erneut vor wie in Tuttlingen seitens der Stadt finanzielle Anreize zu schaffen und stellt den Antrag bis zur übernächsten Sitzung die Verwaltung sollte Vorschläge für eine finanzielle Unterstützung von potentiellen neuen Ärzten ausarbeiten.

Herr Kargl vom Hausärzteverband meint dazu, dass die Ärzte nicht wegen Geldprämien in die ländliche Region gehen und sich ansiedeln würden. Mehr wahrgenommen wird nach seiner Erfahrung eher die Unterstützung beim Praxisumbau bzw. bei der Bauplatzförderung, dem Schul- und Kindergartenangebot, etc., was letztlich kommunal in Gammertingen vorhanden sei.

Dr. Barzok findet es gut, dass Ärzte nicht käuflich sind. Junge Ärzte wollen vor allem für sich und ihre Familien eine lebendige Stadt.

Stadtrat Molnar fügt an, dass sich trotz der momentan noch zufriedenstellenden Situation die Problematik einer fehlenden ärztlichen Versorgung schnell auftun kann. Er fragt, ob die Stadt auf den KVBW zukommen muss.

Dr. Barzok antwortet, dass auch die Kassenärztliche Vereinigung keine Ärzte drucken kann. Ein aktives Miteinander der niedergelassenen Ärzte mit den Verbänden und Kassen sei ausschlaggebend.

Bürgermeister Jerg ergänzt, dass die Stadt mit gesprächsbereiten Ärzten an diesem Thema dran ist. Er findet auch Praxenlösungen, wie Gemeinschaftspraxen oder MVZ, sinnvoll für die weitere Zukunft.

Dr. Barzok meint, dass man mit Geld nicht automatisch die richtigen Ärzte bekommt, die benötigt werden.

Stadträtin Ocker erkundigt sich wie viele der drei Gammertinger Hausärzte, bei denen aktuell oder in kürze die Nachfolgesuche ansteht, sich bei dem Projekt „Perspektive Hausarzt Baden-Württemberg“ aktiv angeschlossen haben.

Herr Kargl vom Hausärzteverband erklärt, dass lediglich ein Arzt in der Hausarztperspektive aktiv sei.

Bürgermeister Jerg betont, dass die Stadt weiterhin gemeinsam mit den Ärzten und weiteren Akteuren agieren wird. Er bittet Herrn Kargl um weitere Informationen bezüglich der Aufnahme der Stadt in die Homepage und die Nachfolgesuche der Hausarztperspektive.

Im Anschluss daran schlägt **Bürgermeister Jerg** bezüglich des Antrags von Stadtrat Wasel vor, infolge der noch vor den Sommerferien vorgesehenen Sitzungen weitere Informationen oder konkrete Vorschläge nach den Ferien vorzustellen.

Stadtrat Wasel antwortet, dass mit dieser Zusage von Bürgermeister Jerg keine Abstimmung über seinen Antrag notwendig ist.

Die Stadträte nehmen die Ausführungen und Informationen zur Kenntnis.

Städtisches Jugendbüro und Schulsozialarbeit in Gammertingen - Vorstellung der Jahresberichte

Dem Gremium liegen als Sitzungsvorlage die Jahresberichte des Jugendbüros und der Schulsozialarbeit vor. Einleitend erläutert der Fachbereichsleiter des Dienstleisters Marienberg e. V. **Jörg Singer** zunächst einige personelle Veränderungen. Derzeit läuft eine Ausschreibung für die Nachfolge im Bereich der Koordination der Sprachförderkräfte. Bei der Schulsozialarbeit hat es seit Juni 2013 in der Nachfolge von Frau Laura Menk eine Veränderung gegeben. Michael Egerter ist als weiterer Schulsozialarbeiter eingestellt worden. Dieser stellt sich anschließend kurz vor.

Im Anschluss daran berichten die beiden Schulsozialarbeiter **Uta Knaus** und **Michael Egerter** über die wichtigsten Punkte aus ihrem Tätigkeitsbericht.

Bürgermeister Jerg erkundigt sich, wie die Zusammenarbeit mit den einzelnen Lehrerkollegien und Schulleitungen läuft. Beide teilen mit, dass diesbezüglich keine Probleme bestehen.

Der für das städtische Jugendbüro und die allgemeine Jugendarbeit verantwortliche Mitarbeiter, **Frank Steng**, ergänzt aus der Arbeit des Jugendbüros. Die Aufgaben haben sich in den letzten Jahren verändert. Derzeit beschäftigt er sich viel mit der konzeptionellen Weiterentwicklung in Ehrenamtlichkeit der Jugendarbeit. Es wird nach Lösungen gesucht, wie man dem demografischen Wandel derzeit begegnen kann. In diesem Zuge entstand auf Anregung von Matthias Sauer von der Jugendfeuerwehr eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Jugendabteilungen der Gammertinger Vereine, den SMVen, der Schulen, der Kirchen und der Stadt. Da alle mehr oder weniger ähnliche Nachwuchssorgen haben, wurde als eine erste konkrete Maßnahme beschlossen am Samstag, 26. Juli einen gemeinsamen Jugendaktionstag zu veranstalten, an dem sich die Vereine, Schulen und Kirchen präsentieren können und für Ihre Jugendangebote Werbung machen können.

Die Stadträte nehmen die beiden Jahresberichte des städtischen Jugendbüros und der Schulsozialarbeit 2013 zustimmend zur Kenntnis.

Erneuerung des Speth`schen Stadtschlusses mit Anbau des Schlossflügels - Vergabe von weiteren Bauaufträgen

Herr Heinemann vom Architekturbüro Supper-Heinemann teilt mit, dass inzwischen weitere Ausbaugewerke (Trockenbauarbeiten, Malerarbeiten, Brandschutzmaßnahmen, Bodenbelagsarbeiten, Sonnenschutz und Estricharbeiten) öffentlich ausgeschrieben wurden. Die Vergabevorschläge der einzelnen Gewerke werden erläutert. Es wird vorgeschlagen den Auftrag an den jeweils wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben.

Eine Kostenfortschreibung aufgrund der Vergabe wurde als Tischvorlage vorgelegt.

Bürgermeister Jerg fragt, warum bei dem Gewerk Sonnenschutz so eine große Differenz zur Kostenschätzung ist. **Herr Heinemann** antwortet, dass der Sonnenschutz für das Oberlicht beim Gewerk für den Fensterbauer miteingerechnet ist.

Stadtrat Schmidt teilt mit, dass er und Kollege Walsel diesen Vergaben nicht zustimmen können, da dieses Projekt seines Erachtens eine falsche Entwicklung für die Stadt darstellt.

Gegen den Vorschlag alle sieben Gewerke gesammelt zu vergeben, erhebt sich kein Widerspruch.

Im Anschluss daran wird ohne weitere Diskussion bei 2 Gegenstimmen, im übrigen Ja-Stimmen (17 Stimmen) den folgenden Auftragsvergaben mehrheitlich zugestimmt:

- Die Estricharbeiten werden an die Firma Meschenmoser aus Salem mit einer Angebotssumme von 125.696,84 € vergeben.
- Die Schreinerarbeiten werden an die Firma Sauter aus Gammertingen-Feldhausen mit einer Angebotssumme von 127.072,48 € vergeben.
- Die Sonnenschutzarbeiten werden an die Firma Reinhard aus Gammertingen mit einer Angebotssumme von 19.910,33 € vergeben.
- Die Brandschutzmaßnahmen werden an die Firma Sauter aus Gammertingen mit einer Angebotssumme von 153.658,51 € vergeben.
- Die Malerarbeiten werden an die Firma Rogg aus Gammertingen mit einer Angebotssumme von 40.263,65 € vergeben.
- Die Bodenbelagsarbeiten werden an die Firma Schultz aus Gammertingen mit einer Angebotssumme von 68.025,85 € vergeben.
- Die Trockenbauarbeiten werden an die Firma Wittner aus Neufra mit einer Angebotssumme von 155.696,28 € vergeben.

Umbau des Physikfachbereiches im Gymnasium Gammertingen - Auftragsvergaben

Stadtrat Lieb tritt zu diesem Tagesordnungspunkt wegen Befangenheit vom Ratstisch ab.

Herr Heinemann vom Architekturbüro Supper-Heinemann erläutert anhand der Sitzungsvorlage die geplanten Maßnahmen und stellt die Vergabevorschläge vor. Alle sieben Gewerke wurden vom Architekturbüro mit Unterstützung der Elektrofachplanung, sowie Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärplanungsbüros beschränkt ausgeschrieben. Leider sind nicht bei allen Gewerken auch entsprechende Angebote tatsächlich eingegangen. Teilweise liegen die Vergabesummen auch geringfügig über den Kostenberechnungen.

Insgesamt würden bei einer Vergabe an den jeweils wirtschaftlichsten Bieter Aufträge mit einer Summe von 187.608,13 € vergeben. Hinzu kommen noch in geringem Aufwand Bauhofleistungen, sowie die Baunebenkosten. Die bereitgestellten Haushaltsmittel werden voraussichtlich nicht ausreichen. Die Stadtverwaltung geht momentan aufgrund der Vergabesituation von Mehrkosten in Höhe von insgesamt rund 10.000 € aus, die überplanmäßig bereitgestellt werden müssen.

Da die Maßnahme im Fachbereich „Physik“ am Gymnasium bereits mehrfach verschoben wurde, andererseits aber dringend umgesetzt werden sollte, schlägt **Bürgermeister Jerg** trotz der nun zu finanzierenden Mehrkosten vor, die Maßnahme umzusetzen und die Aufträge entsprechend den Vergabevorschlägen an den jeweils wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben. Aus Sicht der Verwaltung bestehen nach den aktuellen Steuerschätzungen sowie dem positiven Jahresabschluss 2013 keine Bedenken gegen die überplanmäßigen Ausgaben.

Gegen den Vorschlag alle sieben Gewerke gesammelt zu vergeben, erhebt sich kein Widerspruch.

Im Anschluss daran wird ohne weitere Diskussion einstimmig den folgenden Auftragsvergaben zugestimmt:

- Die Rohbauarbeiten werden an die Firma Lieb GmbH aus Gammertingen mit einer Angebotssumme von 48.253,07 € vergeben.
- Die Zimmererarbeiten werden an die Firma Ott aus Gammertingen-Feldhausen mit einer Angebotssumme von 16.016,09 € vergeben.
- Die Schreinerarbeiten werden an die Firma Sauter aus Gammertingen mit einer Angebotssumme von 27.789,38 € vergeben.
- Die Bodenbelagsarbeiten werden an die Firma Fritz aus Inneringen mit einer Angebotssumme von 6.516,50 € vergeben.
- Die NWT-Ausstattung wird an die Firma Wesemann GmbH aus Schkeuditz mit einer Angebotssumme von 40.507,00 € vergeben.
- Die Elektroinstallationsarbeiten werden an die Firma Elektro Stern GmbH aus Neufra mit einer Angebotssumme von 32.114,04 € vergeben.
- Die Heizungs- und Sanitärarbeiten werden an die Firma Zilk Heiztechnik GmbH & Co. KG aus Gammertingen mit einer Angebotssumme von 16.412,05 € vergeben.

Bauwerksdokumentation für die im Eigentum der Stadt Gammertingen stehende Straßenverkehrsbrücke

- Erstellen von Brückenbüchern**
- Zustimmung zu außerplanmäßigen Ausgaben**

Bürgermeister Jerg erläutert dass im Rahmen der laufenden Konsultationen mit der Straßenbauverwaltung des Bundes die Verwaltung darauf aufmerksam geworden ist, dass für die drei im städtischen Eigentum befindlichen Straßenverkehrsbrücken in der Europastraße (untere Europastraße Querung Lauchert und obere Europastraße Querung HZL-Bahnstrecke) als auch in der Hochbergstraße (Querung mit HZL-Bahnstrecke) keine ausreichende Bauwerksdokumentation vorliegt. Insbesondere entsprechen die vorhandenen Unterlagen nicht den Standards der von der Straßenbauverwaltung des Bundes und des Landes auch für Gemeindestraßen vorgesehenen „Brückenbüchern“. In diesen Dokumentationen sind nicht nur die ursprünglichen und aktuellen Bauwerksbestandspläne zu führen, sondern auch die regelmäßig durchzuführenden Bauwerksbegutachtungen und daraus resultierenden Schadensbehebungen festzuhalten.

Nachdem vom Fachbereich „Stadtbauamt“ diese Arbeiten nicht eigenständig erledigt werden können ist für die erstmalige Erstellung der Brückenbücher für die drei oben genannten Brücken externe Unterstützung notwendig. Auf Empfehlung der Straßenbauverwaltung wurden bei mehreren Gutachtern Angebote für die Bauwerksbegutachtung und für die Dokumentation auf Basis der Richtlinien abgefragt.

Als wirtschaftlichster Bieter schlägt die Verwaltung vor, diese Teilaufgabe an Dipl.-Ing. (FH) Volker Weber, Haffnerstraße 18, 72160 Horb am Neckar, zum Angebotspreis von ca. 4.800 € zu vergeben. Ergänzend dazu wird vorgeschlagen, dass Ingenieurbüro Lutz aus Gammertingen mit der Erstellung bzw. Aktualisierung der Bauwerksplangrundlagen der drei Brücken mit voraussichtlichen Kosten in Höhe von ca. 6.000 € zu beauftragen.

Für beide Planungsleistungen sind allerdings im Rahmen des beschlossenen Haushaltsplanes 2014 bislang keine Ansätze einkalkuliert. Insoweit sind für die Haushaltsstelle 6300-6550 Haushaltsmittel in Höhe von 11.000 € als außerplanmäßige Ausgaben in Zusammenhang mit der oben genannten Auftragsvergabe zu bewilligen. Die Verwaltung ist mit der Beauftragung der o. g. beiden Fachplaner bzw. Gutachter zu beauftragen.

Im Anschluss an die Ausführungen von Bürgermeister Jerg wird ohne weitere Aussprache den beiden Auftragsvergaben sowie der Bereitstellung der außerplanmäßigen Ausgaben einstimmig zugestimmt.

Konversionsprozess der diakonischen Einrichtung „Mariaberg e. V.“ im Stadtteil Mariaberg

- **Sachstandsbericht über weitere planungsrechtliche Umsetzungsschritte**
- **evtl. Antrag der Stadt Gammertingen an den Gemeindeverwaltungsverband Laucherttal zur Einleitung einer Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes Laucherttal für den Bereich des Stadtteiles Mariaberg**
- **Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln für Planungs- und Beratungsleistungen**

Bürgermeister Jerg erläutert anhand der Sitzungsvorlage, dass bereits mehrfach in den zurückliegenden Jahren bei Gemeinderatssitzungen über den jeweils aktuellen Sachstand des laufenden Konversionsprozesses der Einrichtung Mariaberg e. V. im Gammertinger Stadtteil Mariaberg informiert wurde. Dieser umfassende Umstrukturierungsprozess der großen Komplexeinrichtung der Behindertenhilfe hat aber nicht nur konkrete Auswirkungen bei Infrastruktur, Beschäftigung, wirtschaftlicher Bedeutung und Einwohnerschaft am bisherigen zentralen Standort, sondern insgesamt auch auf die Gesamtstadt Gammertingen und die gesamte Region.

Letztmalig haben die beiden Mariaberger Vorstände Böhm und Sachs über den aktuellen Sachstand in der Gemeinderatssitzung vom 19. November 2013 berichtet. Dabei hatte die Stadtverwaltung schon darauf hingewiesen, dass zur begleitenden bauplanungsrechtlichen Steuerung der im Konversionsprozess am zentralen Standort Mariaberg vorgesehenen Entwicklungen auch neue planungsrechtliche Vorgaben in einer Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes der Raumschaft Laucherttal und erstmals auch noch in aufzustellenden Bebauungsplänen der Stadt Gammertingen getroffen werden müssen.

In einem umfangreichen Abstimmungsprozess mit den für die Raumordnung zuständigen Stellen beim Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg (MVI), sowie dem Regierungspräsidium Tübingen, Abteilung Baurecht, Raumordnung als auch weiterer Fachbehörden konnte bekanntermaßen erreicht werden, dass die Plausibilitätsrichtlinien des für die Raumordnung und das Baurecht zuständigen Ministeriums (MVI) für die Flächenbilanzierung im Rahmen von Bauleitplanverfahren nicht im vollem Umfange auf eine Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes der Region Laucherttal, ausschließlich bezogen auf den Konversionsstadtteil Mariaberg, angewendet werden. Der Raumordnungsbehörde wird das weiterentwickelte mittelfristige Unternehmensentwicklungskonzept von Mariaberg für eine planungsrechtliche Genehmigungsbeurteilung ausreichen. Damit kann eine Anrechnung der im Konversionsprozess umzuwidmenden bisherigen Sondergebietsflächen (So) zu Wohn- (WA), Misch-(Mi) oder eingeschränkten Gewerbegebietsflächen (Gee) im Stadtteil Mariaberg auf das gesamte Gammertinger Stadtgebiet bzw. das Plangebiet des Flächennutzungsplans entfallen. Weitere Konsultationen mit den Fachbehörden beim Landratsamt Sigmaringen im Vorfeld konkreter bauplanungsrechtlicher Festsetzungen sind ebenfalls weit voran geschritten.

Insoweit besteht laut Bürgermeister Jerg verwaltungsseitig die Absicht in absehbarer Zeit folgende weitere Schritte einzuleiten bzw. den Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen:

1. Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans der Raumschaft Laucherttal bezogen nur auf den abgegrenzten Bereich des Gammertinger Stadtteils Mariaberg.

2. Einleitung und Umsetzung von zwei Bebauungsplanverfahren für das bisher unbeplante Gebiet des Stadtteils Marienberg.
3. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Gammertingen und der Einrichtung Marienberg e. V. zur Regelung der unter 1. und 2. vorgesehenen planungsrechtlichen Vorgaben inklusive einer Kostenteilung des FNP- und der BPlan-Verfahren. Außerdem sind auch Festlegungen zur künftigen Trägerschaft der örtlichen Infrastruktur im Stadtteil Marienberg durch Marienberg e. V. bzw. die Stadt Gammertingen zu treffen.

Für die unter Nr. 3 genannten Planungsverfahren ist beabsichtigt, dass die Stadt Gammertingen bzw. der Gemeindeverwaltungsverband Laucherttal die Kosten für die Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanverfahrens inklusive der dortigen Planungsaufwendungen trägt; die Einrichtung Marienberg e. V. ist bereit die Kosten der Planverfahren für die beiden anstehenden Bebauungspläne und die daraus resultierenden weiteren Untersuchungen vollständig zu übernehmen. Für die Ausarbeitung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung soll gemeinsam ein Fachanwalt für Verwaltungsrecht zu beauftragt werden.

Für die unter 1. und 3. genannten städtischen Verfahrensbereiche ist es aufgrund der begrenzten Personalkapazitäten in der Stadtverwaltung und des in diesen planungsrechtlichen Spezialbereichen notwendigen Fachwissens erforderlich auch externe Beratungs- und Planungsleistungen zu beauftragen. In den bisherigen Haushaltsansätzen der Stadt unter Haushaltsstelle 6100-6550 sind zwar Ansätze vorhanden, aber aufgrund der nun aktuellen Umsetzung hierzu keine ausreichend verfügbaren Mittel eingestellt. Im Vorfeld einer konkreten Umsetzung und Beauftragung sind seitens des Gremiums entsprechende überplanmäßige Haushaltsmittel in Höhe von ca. 20.000 € einzustellen bzw. freizugeben. Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung vom 6. Mai 2014 diese Themen vorberaten und hat die weiteren Verfahrensschritte sowie die Freigabe von Haushaltsmitteln befürwortet.

Stadtrat Schmidt will wissen, warum die Stadt das Unternehmensentwicklungskonzept von Marienberg finanziert.

Bürgermeister Jerg erläutert, dass dies nicht der Fall ist. Marienberg e. V. hat dieses mittelfristige Unternehmensentwicklungskonzept eigenständig auf seine Kosten und abgestimmt in bürgerschaftlichen Prozessen entwickelt. Inklusion bedeutet letztlich „Rausgehen in die Fläche“. Dann wäre in Gammertingen im Stadtteil Marienberg bald „Sabbat“, wenn nicht gleichzeitig versucht würde im Stadtteil neue Einrichtungen und Angebote anzustoßen und Ideen zu entwickeln, damit Einwohner im Stadtteil wohnhaft bleiben und Infrastruktur damit wirtschaftlich erhalten werden können. Darum ist das gemeinsame Bestreben von Einrichtung und Stadt mit diesem Entwicklungsprozess dauerhaft einen Stadtteil mit besonderem Charme zu entwickeln. Bisher war Marienberg ein Sondergebiet. Um eine weitere Nutzung bzw. Umnutzung vornehmen zu können ist eine planungsrechtliche Veränderung vorgeschrieben.

Stadtrat Wasel hat bezüglich der beabsichtigten Kostentragung Bedenken. Er findet, dass Marienberg e. V. den Prozess aus eigenen Mitteln machen muss. Da die Stadt viele Einwohner verliert, könne man das daher nicht finanzieren.

Stadtrat Götz ist der Ansicht, dass früher bis zu 700 Einwohner im Stadtteil Marienberg waren.

Stadträtin Ocker möchte konkretere Informationen zur Frage „Trägerschaft Infrastruktur“. **Bürgermeister Jerg** erläutert, dass in dieser Sitzung keine Diskussion zur Infrastruktur auf dem Plan steht.

Stadtrat Schmidt äußert Bedenken, dass laut der heutigen Beschlussfassung die Infrastruktur übernommen wird, die viel Geld kostet.

Bürgermeister Jerg hebt noch einmal hervor, dass in dieser Sitzung keine Beschlüsse in diese Richtung gefasst werden. Diese Beratungen und eine Entscheidung muss noch folgen, z. B. im Bereich der Wasserversorgung u. ä..

Stadtrat Molnar erkundigt sich zu den externen Beratungs- und Planungsleistungen. Er fragt, warum dies nicht die neue Mitarbeiterin im Fachbereich „Hauptamt/Tourismus“ übernehmen kann.

Bürgermeister Jerg teilt mit, dass diese Rechtsfragen aus dem Bauplanungs- und – ordnungsrecht, aus dem Erschließungsbeitrags- und Verwaltungsrecht nicht durch verwaltungsinterne Kräfte erbracht werden können. Eine Projektsteuerung sei zwar verwaltungsintern machbar, aber eine derartige umfassende Rechtsmaterie eines solch speziellen Konversionsverfahren benötige externen Sachverstand.

Bürgermeister Jerg fügt an, dass in der Drucksache zwar abschließend kein explizierter Beschlussvorschlag formuliert ist, allerdings aber eindeutig die nun notwendigen Beschlusspunkte hervorgehen.

Im Anschluss daran wird bei 2 Enthaltungen, im übrigen Ja-Stimmen, dem Antrag an den Gemeindeverwaltungsverband Laucherttal mehrheitlich zugestimmt für den begrenzten Planungsraum des Stadtteils Mariaberg eine Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes einzuleiten und umzusetzen.

Der Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmittel 2014 in Höhe von 20.000 € im HH-Titel 6100-6550 für externe Beratungs- und Planungsleistungen in diesen Konversionsprozess (FNP, BPläne, Infrastruktur) wird bei 2 Gegenstimmen, im übrigen Ja-Stimmen mehrheitlich zugestimmt. Weitere Beschlüsse werden nicht gefasst.



Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht-öffentlichen Sitzungen

Es wurden keine Beschlüsse aus nicht-öffentlichen Sitzungen bekannt gegeben.

Verschiedenes, Wünsche und Anfragen

- Geänderter Sitzungsplan

Bürgermeister Jerg weist die Stadträte auf den geänderten Sitzungsplan bis zur Sommerpause 2014 hin.

- Förderbescheid Breitbandversorgung

Bürgermeister Jerg informiert, dass dieser Tage der Förderbescheid des Landes Baden-Württemberg für den beantragten 1. Bauabschnitt zur Umsetzung der nachhaltigen Verbesserung der Breitbandversorgung in der Kernstadt Gammertingen und im Stadtteil Bronnen eingegangen ist. Insgesamt bekommt die Stadt 335.000 € Fördermittel. Für die nächste Sitzung sind umfassende Informationen und dann auch konkretere Umsetzungsschritte in der Breitbandversorgung (Glasfaser/DSL) geplant.

- Ruhebänke auf dem neuen Gehweg zum Altenpflegeheim

Stadtrat Sauter regt als einer der Heimfürsprecher nach Rücksprache mit den beiden weiteren Heimfürsprechern des städtischen Altenpflegeheims an auf dem neu eingerichteten Gehweg zwischen Eichertstraße und Altenpflegeheim zwei bis drei Ruhebereiche mit Bänken vorzusehen.

Bürgermeister Jerg antwortet, dass dies bereits vorgesehen ist und bei der laufenden Baumaßnahme so umgesetzt wird.

- Jugendgemeinderat

Stadtrat Wasel weist darauf hin, dass laut Medienberichten die Gemeindeordnung geändert werden soll, um Jugendlichen mehr Rechte einzuräumen. Er spricht sich deshalb erneut für die Einführung eines Jugendgemeinderates aus.

Bürgermeister Jerg erinnert zum wiederholten Male daran, dass derzeit nach mehrfachen intensiven Diskussionen und Beratungen im Gemeinderat - auch unter Einbeziehung der Fachleute des Jugendbüros und der SMV-Vertreter der Schulen - die Mehrheit von 18 Gemeinderäten mit zwei Gegenstimmen der Ansicht sei einen derartigen Antrag nicht umzusetzen.

Stadtrat Götz fügt dazu an, dass es nicht nur seiner CDU-Fraktion gelungen sei junge Leute auf ihre Gemeinderatsliste für die anstehende Kommunalwahl zu bekommen. Allerdings auf dem Wahlvorschlag der Liste „Demokratische Zukunft Gammertingen“ von Stadtrat Wasel sei jedoch nur ein Kandidat, zumal auch noch ein alter Mann, zu finden.

- Handbecken Kneipanlage

Stadtrat Binsch erkundigt sich über das defekte Handbecken bei der städtischen Kneipanlage.

Bürgermeister Jerg erläutert, dass bei dem hölzernen Handbecken ein Baumangel vorliegt. Mit dem Lieferanten ist man in Verhandlung.

- Treppenweg zwischen Schelmengartenstraße und Römerweg/Breitestraße

Stadträtin Ocker teilt mit, dass seitens des Elternbeirats des Gymnasiums angeregt wurde, den Treppenweg besser zu sichern. Der Verwaltung liegt allerdings ein solches Anliegen nicht vor.

- **Persönliche Erklärung Stadtrat Wasel**

Stadtrat Wasel verliest abschließend eine persönliche Erklärung; diese ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Bürgermeister Jerg weist allerdings Herrn Wasel daraufhin, dass in der Geschäftsordnung des Gemeinderates, die auch mit der Stimme von Gemeinderat Wasel beschlossen wurde, explizit beschrieben und festgelegt ist unter welchen Voraussetzungen eine persönliche Erklärung abgegeben werden darf. Im vorliegenden Fall seien diese Voraussetzungen erneut nicht erfüllt. Bei einer ähnlichen weiteren Erklärung würde der Vorsitzende eine solche nicht mehr zu Protokoll nehmen.